

25 Jahre UWG Selm
25 Jahre UWG Selm



25 Jahre gute Politik für Selm
25 Jahre gute Politik für Selm

Vorwort

Die UWG Selm e.V. feiert in diesem Jahr ein besonderes Jubiläum, sie kann stolz sein auf 25 Jahre sachgerechte, gemeinwohlorientierte und konstruktive Kommunalpolitik. Obwohl Politik vom Blick nach vorne lebt, werden wir an der einen oder anderen Stelle auch Positionen der Vergangenheit einfließen lassen. Vor allem die beiden Hauptthemen der zurückliegenden Wahlperiode – Haushaltskonsolidierung (Mutterpapier) und die Schulschließungen – werden besonders betrachtet. Nur dadurch entsteht ein Gesamtbild von der UWG Selm.

Bei der **Kommunalwahl am 30. August 2009** wird der nächste Stadtrat und ein neuer Bürgermeister gewählt. Nach zehn Jahren absoluter CDU - Mehrheit, in denen in Selm viel zu wenig geleistet wurde, brauchen wir dringend einen Wechsel. Da die SPD im Sinne einer großen Koalition die falschen Entscheidungen mitgetragen hat, war die UWG die einzig echte Opposition im Rat der Stadt Selm.

Wir werden im Stadtrat mit einer starken Fraktion vertreten sein und viele gute Ideen, mehr Kreativität und Bewegung in die Selmer Kommunalpolitik einbringen, um unser **Hauptziel** zu verfolgen:

 *Selm gestalten statt verwalten*

Das geht natürlich nur mit einer starken UWG-Fraktion.

Mit Ihrer Stimme wird der notwendige Politikwechsel möglich.

Auch an der Spitze der Verwaltung mit unserem
Bürgermeisterkandidaten Dr. Hubert Seier.

Wofür die UWG steht, wird im folgenden Programm beschrieben.

Programm der Unabhängigen Wählergemeinschaft Selm e.V. (UWG) zur Kommunalwahl am 30.08. 2009

Die UWG tritt seit 25 Jahren für eine bürgernahe, soziale, ökologische und ökonomische Politik in Selm ein. Als Unabhängige Wählergemeinschaft verfolgen wir unsere eigenständige Linie zur Lösung der kommunalen Aufgaben.

Zur Verwirklichung unserer Ziele sind wir dabei immer offen für eine sachliche Zusammenarbeit. Wenn es für unsere Bürger gut ist, sind auch gemeinsame Beschlüsse mit den anderen Fraktionen möglich. Einen Koalitionsvertrag werden wir aber auch zukünftig nicht unterzeichnen. Im Gegenteil – wir werden Themen bezogen immer wieder versuchen, für unsere guten Ideen politische Mehrheiten zu finden. Nur so kann unser Profil eigenständig und **unabhängig** bleiben. Bei Abstimmungen unterliegt niemand einem Fraktionszwang.

Leitgedanke unserer Politik ist die nachhaltige Entwicklung unserer Stadt. Darunter verstehen wir die Verknüpfung von Ökologie, Ökonomie und sozialer Gerechtigkeit. Deshalb sollen die natürlichen und finanziellen Ressourcen sparsam und wirkungsvoll genutzt und Freiräume möglichst erhalten werden, damit die Lebensgrundlagen auch für die zukünftigen Generationen bestehen bleiben.

Es darf dabei aber nicht so sein, dass die Selmer Bürger die zu erwartenden Folgen der internationalen Finanzkrise ausbaden müssen, während die Verursacher mit goldenem Handschlag in den Ruhestand geschickt werden.

Aufbauend auf unserem Hauptziel „**Selm gestalten statt verwalten**“ sehen wir unser politisches Wirken in folgenden drei Schwerpunkten:

- 1. Menschen - Bildung - Familie**
- 2. Umwelt - Stadtentwicklung - Verkehr**
- 3. Wirtschaft - Finanzen - Arbeit**

1 Menschen - Bildung - Familie

Im Mittelpunkt der **Kommunalpolitik** müssen grundsätzlich die Bürgerinnen und Bürger stehen, deshalb stellt die erste wichtige Säule unseres Wahlprogramms folgerichtig eine bürgernahe, soziale Familienpolitik dar. Ohne soziale Gerechtigkeit und Bürgernähe kann unserer Meinung nach Politik nicht funktionieren.

Nach unserem Verständnis gehören dazu die **Stärkung der bürgerschaftlichen Mitwirkung und soziale Gerechtigkeit**, eine **qualitätsvolle Bildungs- und Familienpolitik**, sowie die Förderung der Bereiche **Kultur, Sport, Freizeit und Tourismus**

1.1 Bürgerschaftliche Mitwirkung und soziale Gerechtigkeit

Aktive Bürgerbeteiligung ist die Grundlage für eine lebendige Kommune. Deshalb muss eine moderne Kommunalverwaltung bedeuten, dass die Stadt Selm sich bürgerfreundlich, effizient und transparent zeigt. Dazu gehört ein Haushalt, den die Bürger nachvollziehen und mittragen können. Bei wichtigen Entscheidungen für unsere Stadt ist die Bürgerschaft intensiv einzubeziehen. Es sollten nicht über ihre Köpfe hinweg – wie z.B. bei den Schulschließungen – praxisferne, ungerechte und nicht nachvollziehbare Beschlüsse gefasst werden, die zudem noch zu Lasten unserer Kinder gehen.

Im Bereich der Sozialpolitik hat die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz IV), trotz gegenteiliger Behauptungen, eindeutig zu weiterer, finanzieller Belastung der Kommunen geführt. Wieder einmal ein Beweis dafür, dass das strikt einzuhaltende und von allen Seiten geforderte Konnexitätsprinzip (d.h. wer Leistungen bei den Kommunen bestellt, muss sie auch bezahlen) seitens der großen Koalition in Berlin, sowie der schwarz-gelben Koalition in Düsseldorf nicht eingehalten wird. Wir fordern seit Beginn, dass die Änderungen in der sozialen Landschaft für die Betroffenen positiv umgesetzt werden, und dass die Betroffenen nicht zu den Verlierern dieser „Reformen“ werden.

Die Sozialpolitik der Stadt sollte sich grundsätzlich nicht darauf beschränken, bedürftige Menschen mit Geld oder Hilfeleistungen zu versorgen. Sie muss ihnen auch helfen, ihr Leben wieder in die eigene Hand zu nehmen. Benachteiligte oder ausgegrenzte Menschen müssen langfristig in das soziale und kulturelle Leben dieser Stadt eingebunden werden. Dieses geschieht am besten durch einen Aufbau von sozialen Netzen in Selm. Beratungsstellen, Schuldnerberatung, Freizeit- und Betreuungsangebote, sowie Sozialtickets, sind hierfür wichtige Bausteine.

Die UWG setzt sich dafür ein, dass

- die Ratsarbeit in Selm transparenter und nachvollziehbarer wird,
- die Internetseite der Stadt Selm - weiterentwickelt und aktualisiert - zur Serviceplattform wird (z.B. durch Wiedergabe des Amtsblattes der Stadt, mehr Verlinkungen zu den Aktivitäten Selmer Vereine, mehr Infos über Stadt, Region, Politik, Tourismus, Kultur, etc.),
- Formulare und Behördenbriefe verständlicher abgefasst werden und die Selmer merken, dass die Verwaltung auch Dienstleister ist,
- kundenorientiert gearbeitet wird, Anträge, Bürgeranliegen etc. innerhalb kürzester Zeit erledigt werden müssen (Antwortgarantie) und viele Behördenangelegenheiten auf Wunsch auch online (Formulare und Antragswesen) bearbeitet werden können,
- das „Wir - Gefühl“ bei allen Bürgern Selms gestärkt wird und die Bereitschaft zum privaten Engagement und zur politischen Arbeit geweckt und gefördert wird,
- Bürger, Vereine, Initiativen, politische und kirchliche Arbeitskreise mit städtischer Unterstützung neue Aufgaben und Verantwortungen übernehmen,

- Bürger motiviert werden, Ehrenämter zu übernehmen, z.B. Spielplatzpate zu werden oder die Pflege von Grünanlagen zu übernehmen,
- die Bürger durch einen ständigen Informationsaustausch die Entwicklungsprozesse der Stadt aktiv mitgestalten können,
- die öffentliche Sicherheit durch die kontinuierliche Arbeit des "kriminalpräventiven Rates" verstärkt wird, der spezielle Sicherheitsfragen bearbeiten und anstoßen kann, die von anerkannten, unabhängigen Sachkundigen verbessert werden sollten,
- die Zusammenarbeit zwischen dem Amt für Bürgerservice, dessen Außendienst, dem Jugendamt und der Polizei gefördert wird,
- der Außen- und Innendienst des Amtes für Bürgerservice, Öffentliche Ordnung und Soziales gestärkt wird, um das Sicherheitsgefühl in der Bürgerschaft zu erhöhen,
- die öffentliche Ordnung und Sicherheit wieder in die Hände der Stadtverwaltung und Polizei gelegt werden, statt private Sicherheitsdienste zu Dumpinglöhnen durch unsere Stadt wandeln zu lassen,
- die Arbeit in den Ausschüssen des Rates der Stadt wirkungsvoller wird und neben den Pflichtaufgaben auch als Diskussionsplattform für neue Ideen angesehen wird,
- das kommunale Wahlrecht auch für Selmer Einwohner, die nicht aus EU-Staaten kommen, eingeführt wird. Um der Gefahr der Unterdrückung von Minderheiten und rechtsradikalem Denken entgegenzuwirken, müssen Menschen, die sich politisch auf demokratische Weise betätigen wollen, dies auch dürfen. Dabei ist uns klar, dass dieses Vorgehen einer Grundgesetzänderung bedarf, die aber nur auf Druck der Basis (Kommune) zustande kommen wird,
- Bürger bei der Durchführung von Bürgerbegehren unterstützt werden und die Stadt es nicht auf einen Machtkampf zwischen Rat und Verwaltung einerseits und den betroffenen Bürgern andererseits ankommen lässt,

- bei Bürgerbegehren keine überzogenen Anforderungen an den Inhalt von Kostendeckungsvorschlägen gestellt werden und dass von den Initiatoren keine juristischen oder finanzwissenschaftlichen Fachkenntnisse zu verlangen sind,
- eine qualifizierte Beratung und Betreuung vor Ort gewährleistet wird (Sozialrecht, Arbeitsrecht, Rentenberatung etc.),
- Menschen in für sie passende Arbeitsstellen gebracht werden. Hier kommt sowohl der erste als auch der zweite Arbeitsmarkt in Frage. Eine leistungsgerechte Entlohnung nach regulären Tarifen muss gewährleistet sein,
- durch die Vernetzung lokaler Akteure (Ausbildungsbetriebe, Ausbildungshilfe e.V., Schulen etc.) in der Jugendberufshilfe die berufliche Integration benachteiligter Jugendlicher erreicht wird,
- ein Sofortprogramm zur Bekämpfung von (drohender) Armut für Kinder und Jugendliche durchgeführt wird, damit sich deren Lebensverhältnisse in sozialen Problemlagen nicht noch mehr verschlechtern (Ausbau Selmer Tafel),
- Frauen und speziell allein erziehende Mütter wieder ins Arbeitsleben eingegliedert werden,
- das im Kreis Unna eingeführte Sozialticket zur Mobilität und Teilnahme am öffentlichen und kulturellen Leben erhalten bleibt,
- durch verstärkte Jugendarbeit (Streetworker) die Jugendlichen an verantwortungsvolle Aufgaben in der Stadt und für die Allgemeinheit herangeführt werden,
- Jugendtreffs nicht geschlossen, sondern auf- und ausgebaut werden,
- bei den Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden die Wertschätzung fremden Eigentums und die Beachtung allgemeiner Werte durch qualifizierte Betreuung vermittelt wird.

1.2 Qualitätsvolle Bildungs- und Familienpolitik

Selm muss kinder- und familienfreundlicher werden, wie es auch im jüngsten Familienatlas dokumentiert wurde. Ein Aufzählen der durchaus vorhandenen guten familienpolitischen Strukturen in Selm reicht da sicherlich nicht aus. Vielmehr ist hier ein ständiges Weiterentwickeln und Verbessern - auch unter Hinzunahme von weiteren Finanzmitteln - angesagt. Dazu gehört, neben einem zuverlässigen und flexiblen Betreuungsangebot für Kinder aller Altersgruppen in allen Ortsteilen (z.B. mehr U3 – Plätze in Cappenberg), vor allem eine durchdachte und mit Weitblick versehene Bildungspolitik.

Qualitätsvoll bedeutet, gute Standards weiter verbessern und nicht vorschneller Abbau gut funktionierender Einheiten. Gerade an dieser Stelle hat sich die UWG massiv eingesetzt. Sie hat die gegründete Bürgerinitiative gegen die Schließung eigenständiger Schulstandorte intensiv unterstützt. Auch wenn die Anstrengungen der BI letztlich nicht erfolgreich waren, so hat doch die Resonanz in der Bevölkerung die Bedeutung dieses Themas nachhaltig unterstrichen. SPD und CDU zeigen sich nach außen hin immer besonders stolz auf die Selmer Schulpolitik, aber wenn es um eine klare Verbesserung der Bildungslandschaft geht, werden finanzielle Argumente in den Vordergrund gestellt, anstatt gemeinsam mit den Eltern für kleinere Klassen sowie Verbesserungen im Schulangebot zu kämpfen. Durch intensive Aufklärung und Information der UWG konnte der Umzug der Pestalozzischule verhindert werden.

Bildungspolitik ist zwar Landespolitik, kann aber unserer Meinung nach nur durch die kommunalen Schulträger wirkungsvoll und vor allem qualifiziert hochwertig umgesetzt werden. Schlechte Rahmenbedingungen durch den Schulträger haben selbstverständlich großen Einfluss auf die gesamte Bildungspolitik.

Bezüglich vernetzter Familienpolitik ist mit der Gründung der "Initiative für Selmer Familien", an dem die UWG konstruktiv mitgearbeitet hat, ein richtiger Schritt vollzogen worden. Sie verbindet Kinder- und Jugend- mit Familien- und Seniorenarbeit. Diese Initiative muss aber einen deutlich höheren Stellenwert erhalten. Eine Schirmherrschaft durch den Bürgermeister ist ein geeigneter Weg.

Die UWG setzt sich dafür ein, dass

- Eltern im Rahmen der Kommunalpolitik unterstützt und nicht bestraft werden für die Fehler der Kreis-, Landes- und Bundespolitiker,
- Elterninitiativen konstruktiv und finanziell unterstützt werden,
- Elternbeiträge für Tageseinrichtungen möglichst abgeschafft und nicht - wie von CDU und SPD beschlossen – um bis zu 80 % erhöht werden,
- Kinderfreibeträge für **alle** Kinder gelten und nicht erst ab dem dritten Kind
- die Umsetzung des KiBiz (Kinderbildungsgesetz) nicht zu Lasten der Eltern, Erzieherinnen und Kinder stattfindet, weil zu wenig finanzielle Mittel seitens der Landesregierung bereitgestellt werden,
- Kinder und Jugendliche im wohnnahen Umfeld Möglichkeiten haben, sich ungefährdet zu Spiel, Sport und Spaß zu treffen (kein Spielplatzverkauf ohne städtebauliche Gesamtkonzepte),
- Schulwege und besonders die Brennpunkte vor den Schulgebäuden und Kindergärten für unsere Kinder sicherer werden (Sicherheitsstudie) und Verbesserungen systematisch umgesetzt werden (Fahrradstraßen),
- das Motto „Kurze Beine, kurze Wege“ umgesetzt wird,
- der demographische Wandel zur Reduzierung der Gruppengröße in den Kindergärten und den Schulen genutzt wird, um einen besseren Betreuungsschlüssel zu bekommen,
- keine Konkurrenzsituation zwischen offener Ganztagschule und bestehenden Betreuungseinrichtungen entsteht,
- keine Ausgrenzung bei der offenen Ganztagschule geschieht, sondern jeder der möchte auch einen Platz bekommt,

- die Schulpauschale, die von CDU und SPD gekürzt wurde, wieder erhöht wird und ausschließlich den Schulen zu gute kommt,
- die Diskussionen über die Grundschulpolitik ausgebaut werden zu einer grundsätzlichen Diskussion über Ganztagschulen, weiterführende Schulen, Gesamtschule oder Gemeinschaftsschule etc.,
- die sich verändernde schulpolitische Landschaft in NRW beachtet wird und individuelle Förderung ausgebaut wird,
- „Kein Kind ohne Mahlzeit“ nicht an finanziellen Mittel scheitert,
- kein vorschneller Verkauf von Schulgebäuden vollzogen wird. Trotz Schülerrückgang müssen Schulen erhalten bleiben,
- Grundschulen auch einzügig betrieben werden können und kleine Einheiten selbständig erhalten bleiben,
- die Kleinen Strolche, die Villa Kunterbunt und ähnliche Einrichtungen als Betreuungseinrichtung mit flexiblen, stabilen und sozial verträglichen Beiträgen erhalten bleiben und eine vertragliche Finanzierungssicherheit erhalten,
- Tagesmütter entsprechend ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit angemessen entlohnt werden und nicht – wie von CDU und SPD beschlossen - für 4,50 € brutto pro Stunde arbeiten müssen,
- die Waldschule weiterhin unterstützt und gefördert wird und nicht ständig um ihre Existenz bangen muss,
- es zu einer Vernetzung zwischen Schule und Jugendhilfe kommt und die ambulanten Familienhilfen verstärkt werden,
- die Jugendhilfeangebote von Stadt und freien Trägern sicher finanziert, auf hohem qualifizierten Niveau fortgesetzt und wechselnden Bedarfslagen flexibel angepasst werden,
- die SelBar erhalten bleibt, in dem sich Jugendliche und junge Erwachsene zwanglos ohne Verzehrzwang treffen können,

- "Offene Freizeittreffs" als Begegnungsorte für Jugendliche und Kinder eingerichtet werden bzw. erhalten (Freestyle in Bork) bleiben,
- sich Selm der Kampagne: „Zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten“ anschließt (Zusammenhang zwischen Gehen und Gesundheit),
- Analysen über die Bevölkerungsstruktur und die Angebotssituation für die ältere Generation gemacht werden, mit dem Ziel die gesamte Infrastruktur in den einzelnen Ortsteilen anzupassen,
- Wohnformen für alte Menschen geschaffen werden, welche ihnen ermöglichen, ihre Selbständigkeit zu bewahren,
- die Begleitung im Alter städtische Aufgabe wird, damit eine soziale Vereinsamung vermieden wird,
- alten Menschen der Zugang zu Kultur, Bildung, Kunst, Musik und mitmenschlicher Begegnung erhalten und erleichtert wird,
- eine qualifizierte Rentenberatung – trotz des Mutter-Papiers - angeboten wird.

1.3 Kultur, Sport, Freizeit und Tourismus

Kultur hatte in Selm einen hohen Stellenwert, der aber in den Wahlperioden 1999 – 2009 aufgegeben wurde (z.B. Aufgabe der Theaterreihe, Streichung Kulturförderpreis der Stadt Selm etc.....). **Kultur** ist keine Pflichtaufgabe, sondern freiwillige Leistung der Stadt. Um angesichts der angespannten Haushaltslage aus der defensiven Spardiskussion herauszukommen und durch Reformen Möglichkeiten für künstlerische und kulturpolitische Weiterentwicklungen zu eröffnen, bedarf es in der Kulturpolitik einer erneuten Zieldiskussion.

Ebenso ist heute **lebenslanges Lernen** notwendiger denn je. Deshalb sind wir für eine stabile Förderung der Volkshochschule. Wir begrüßen den Zuwachs in der Musikschule – der im Übrigen nicht immer wieder durch Gebührenerhöhungen (wie von CDU und SPD beschlossen) zunichte gemacht werden darf. Außerdem freuen wir uns über die Angebote der städtischen Bibliothek (BiB).

Die **Sportpolitik** der Stadt Selm ist nicht zukunftsorientiert und beschränkt sich in erster Linie auf die Sicherung und Vergabe der Hallen und Plätze, auf Gewährung von Zuschüssen sowie Durchführung von Siegerehrungen. Eine aktive kommunale Sportpolitik sollte sich als Gesundheits-, Jugend-, Gleichstellungs- und Familienpolitik in der Stadtplanung definieren. Die neusten Diskussionen über weitere finanzielle Belastungen der Sportvereine tragen jedenfalls nicht dazu bei, den vielen Ehrenamtlichen in den Vereinen Mut zu machen und Ihr Engagement nicht aufzugeben.

Tourismus und **Freizeit** müssen in Selm zukunftsorientiert und unter Einbindung des Fachamtes, der Gastronomie, der Kaufleute sowie der Wirtschaftsbetriebe geschehen. Freizeit und Tourismus haben in Selm bisher eine untergeordnete Rolle gespielt. Durch die Aktivitäten ehrenamtlicher Bürger als Stadtführer konnten erste Erfolge – auch überregional - für die Stadt Selm erzielt werden. So wird eine aktive Förderung des Stadtbildes und der Wirtschaft ermöglicht.

Besuchern der Stadt Selm, den Radtouristen, interessierten Bürgern, Gruppen aus Selm sowie den benachbarten Städten, können die Besonderheiten der Stadt, ihre Geschichte sowie der in Selm deutlich erkennbare Wandel verdeutlicht werden. Schloss und Burgen, spannende und amüsante Geschichten, Sehenswertes und Verborgenes der Stadt Selm wurden so erstmalig ins rechte und positive Bild gerückt. Die Entwicklung Selms aus einer ländlichen Gemeinde mit den

damit zusammenhängenden Handwerks-, Handels- und Gewerbebetrieben, zu einem Industriestandort bis zum heutigen Selm, zeugt von enormen Bürgerengagement und Aufbauwillen.

Hier muss viel Energie aufgebracht und nicht dem Mutterpapier Folge geleistet werden. Die beschlossene Personalreduzierung im Fachbereich Tourismus, Freizeit und Wirtschaftsförderung trägt nicht dazu bei, dass in diesen Bereichen vorhandene Marketingpotential voll auszuschöpfen.

Die UWG setzt sich dafür ein, dass

- eine Kultur gefördert wird, die Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft zusammenbringt, und nicht eine Kultur, die allein dazu dient, sich von anderen abzusetzen,
- keine Mittelkürzungen und Sparmaßnahmen bei kultureller Bildung und Vermittlung vorgenommen werden, d.h. Angebote der Kinder- und Jugendkultur, der kulturellen Breitenarbeit und der Kultur für sozial Schwächere nicht gestrichen werden,
- junge Selmer Künstler und „Junge Kunst“ gefördert werden,
- Schloss Cappenberg als Kulturstätte mehr in den Blickpunkt Selm gerückt wird,
- FoKuS ausreichende finanzielle Zuschüsse erhält, weitere Kürzungen in den Bereichen lehnen wir ab,
- die Vermietung des Bürgerhauses an Vereine und Privatpersonen zu günstigen Preisen möglich ist,
- die Öffnungszeiten der BIB erweitert und somit für die Bürger attraktiver werden (z.B. Öffnungen am Abend und am Wochenende),
- die Musikschule für alle Interessierten offen bleibt und möglichst vielen Kindern die Möglichkeit eröffnet wird, sich musikalisch zu bilden,

- musikalisch begabte Kinder in der Musikschule eine individuelle Förderung ermöglicht wird,
- das Projekt JeKi (**J**edes **G**rundschul**k**ind erlernt ein Musikinstrument) weiter entwickelt wird,
- umfassende Programme zur Förderung von Sport – trotz des Mutter-Papiers - in der Stadt entwickelt werden,
- Sporthallen und Sportplätze auch für Gruppen bereitgestellt werden, die keinem Verein angehören,
- im Sportbereich die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt gefördert wird (z.B. Nachtturniere für „gelangweilte“ Jugendliche),
- das Engagement von Sportvereinen und ehrenamtlichen Übungsleitern ideell und materiell unterstützt und besser anerkannt wird,
- die Stadt Selm die notwendige Infrastruktur bereitstellt und unterhält, die der Schul-, Vereins- und Breitensport benötigt,
- Hallen- und Platzbenutzungsgebühren für Sportvereine vermieden werden, weil damit allen Selmern die letzte Möglichkeit genommen wird, kostengünstig Sport zu treiben,
- die Sportpauschale ausschließlich dem Sport zu Gute kommt und weitere Kürzungen im Sportbereich unterbleiben,
- bei der Sportförderung Vereine bevorzugt werden, die Jugendarbeit betreiben,
- die Attraktivität Selmer Sportvereine durch Bau eines Kunstrasenplatzes gestärkt werden,
- darauf hinzuarbeiten, dass dem demographischen Wandel Rechnung getragen wird, indem ältere Mitmenschen ein geeignetes Sport- und Kulturangebote vorfinden können,

- das Freibad weiterhin offen und attraktiv bleibt, auch wenn der gegründete und von der UWG unterstützte Trägerverein die erforderlichen Defizite nicht ausgleichen kann. Das Freibad muss erhalten bleiben, weil bei Schließung unsere Kinder die Leidtragenden sind. Sie müssten in Freibäder der Nachbarstädte ausweichen. Der Ternscher See ist zwar eine hervorragende Freizeitanlage, aber absolut keine Alternative, sondern eine willkommene Ergänzung zu unserem Freibad,
- Grünflächen, die üblicherweise nicht für sportliche Aktivitäten vorgesehen sind, als Spiel- und Bewegungsraum genutzt werden,
- die vorhandenen Bolzplätze nach dem neuesten Stand erneuert und besser gewartet werden,
- keine weiteren Schließungen, Reduzierungen und Vermarktungen von Spiel- und Bolzplätzen beschlossen werden und dass auch der Spiel- und Bolzplatz Paulswiese, der einzige Spielplatz in Bork, dem ein Bolzplatz angeschlossen ist, der Schließungsliste entkommt,
- neue Bolzplätze angelegt werden – im „Zweifel auch ohne Lärmschutzverordnung“ - denn wir meinen, Kinderlärm ist hinnehmbar,
- ein Stadionverkauf nur vollzogen wird, wenn am Ende ein deutliches Plus für **alle** Beteiligten (Schule, Sportvereine, Handel, Gewerbe und Stadt) herausspringt,
- die Naherholungsgebiete unseres Stadtgebietes, wie Cappenberger Wald, Ternscher See etc. dazu genutzt werden, über die Grenzen hinaus auf Selm aufmerksam zu machen,
- der Ternscher See und speziell das Umfeld (z.B. Haus Seeblick) attraktiver gestaltet wird (s.u.).

2 Umwelt - Stadtentwicklung - Verkehr

Die zweite tragende Säule unseres Programms befasst sich mit der Entwicklung unserer Stadt unter ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten.

Durch die Gebietsreform Mitte der 70-er Jahre und die Zuordnung Selms zum Kreis Unna wurde unsere Stadt von der ländlichen Zone des Südmünsterlandes in die Ballungsrandzone des Ruhrgebietes gestuft. Die Folgen lassen sich durch die Stichworte Nordwanderung des Steinkohlenbergbaus und Industrialisierung der Rieselfelder deutlich machen. Damit wird ein Widerspruch zwischen politischer Grenzziehung und geografischer Zugehörigkeit deutlich, der Gefahren aufzeigt, aber auch Entwicklungschancen deutlich werden lässt.

So sind - bei dieser vorgegebenen Lage unserer Stadt - ein **aktiver Umweltschutz**, die **Entwicklung zu einer ökologischen Stadt** und die **Förderung von umweltverträglichem Verkehr** dabei die Kernbereiche, die zu beachten sind.

2.1 Aktiver Umweltschutz

Für uns hat **Umweltschutz** nichts an Bedeutung verloren! Im Gegenteil: Die UWG steht ein für schonenden Umgang mit den begrenzten natürlichen Ressourcen. Insofern ist Ökologie die Grundvoraussetzung für den Erhalt unserer Lebensqualität. Wir verstehen Umweltschutz nicht als nachgeschaltete Umwelttechnik, sondern als Produktinnovation. Wo Sachverstand regiert, steht Klima- und Ressourcenschutz auf Platz 1 der Agenda.

Vehement haben wir gegen die Streichung der Stelle „Umweltschutz“, die CDU und SPD zu verantworten haben, gekämpft. Es ist unerlässlich, in der Verwaltung einer Mittelstadt eine qualifizierte Person aus dem Bereich Umweltingenieurwesen zu beschäftigen, die sich mit den zunehmenden Umweltproblemen fachgerecht auseinandersetzen kann.

Zweimal wurden unsere Anträge zur Lieferung von Strom aus erneuerbaren Energien für unsere städtischen Immobilien von SPD und CDU abgelehnt. Andererseits schmückt die Stadt sich aber mit einer Mitgliedschaft im Klimabündnis, bei dem sich die Mitglieder verpflichten Strom aus erneuerbaren Energien zu nutzen. Wir nennen das Scheinheiligkeit der beiden „großen Parteien“

Katastrophen-, Zivil- und Feuerschutz gehört für uns ebenfalls in den Bereich aktiver Umweltschutz. Gerade unsere Freiwillige Feuerwehr ist ein Paradebeispiel wie sich Menschen in unserer Stadt aktiv und ehrenamtlich für die Belange und zum Wohle ihrer Mitmenschen einsetzen.

Die UWG setzt sich dafür ein, dass

- in unserem Stadtgebiet die Bereiche erhalten bleiben, die noch den Charakter der Münsterländischen Parklandschaft aufweisen,
- die letzten verbliebenen "grünen Inseln" im Stadtgebiet (z.B. Ludgerigräfte, Lüffe-Park, Schulze-Weischer, Park in Bork,...) die der direkten Naherholung dienen, nicht bebaut oder versiegelt werden,
- Anstrengungen unternommen werden, die regionalen Grünzüge im Biotopverbund zu renaturieren,
- die Flächennutzung künftig in der Weise betrieben wird, dass die ökologische Tragfähigkeit des Naturhaushaltes erhalten bleibt,
- die Naherholungsfunktion unseres Stadtgebietes nicht durch unsinnige industrielle Großprojekte zerstört wird (z.B. Kohlekraftwerke in Lünen oder unnötige Industriegebiete),
- speziell dem Vorhaben „New Park“ in den Rieselfeldern Widerstand entgegengesetzt wird (die Landesregierung sollte nicht unnötig Steuergelder verbrennen), um eine der wichtigsten Frischluftschneisen unserer Region zu erhalten,
- die Stadt sich weiterhin aktiv gegen den weiteren Zubau von Kohlekraftwerken in unserer Region (Lünen, Hamm, Datteln etc...) einsetzt,
- durch Unterstützung von Bürgerinitiativen und politischen Gruppierungen in den Nachbargemeinden, angrenzenden Kreisen und Regierungsbezirken die Ansiedlung von Großindustrie an den Stadtgrenzen Selms verhindert wird,
- die Region durch interkommunale Zusammenarbeit ohne falsches Konkurrenzdenken entwickelt wird (Gewerbeflächen, Freizeitangebote, Flächennutzungsplanung, Einzelhandelsentwicklung, Zusammenlegung von Ämtern),

- am Verbrennungsstandort Lippewerk neueste Technik eingesetzt wird, und dass eine ständige Überwachung erfolgt ("gläserne Schornsteine"),
- den bereits nach ökologischen Kriterien arbeitenden Landwirten weitere folgen,
- Pestizid-Einträge ins Grundwasser vermieden werden, damit unser Stadtgebiet seine Rolle als Trinkwasserneubildungsgebiet auch in Zukunft erfüllen kann,
- keine "Castor - Transporte" durch unser Stadtgebiet gehen,
- eine lokale Energiewende herbeigeführt wird, die den Ausstieg aus der Atomenergie mit Energie-Einsparung und Umstieg auf erneuerbare Energien verbindet.
- das Stadtgebiet nicht für Experimente der Großindustrie – wie z.B. beim Gen – Maisversuch - missbraucht wird,
- in der Stadtverwaltung ein nachhaltiges Beschaffungswesen im Sinne des „Cradle to Cradle“ - Modells (von der Wiege zur Wiege, sprich echte Kreislauf- und Ressourcenwirtschaft) eingeführt wird,
- ein Baustellenmanagementkonzept erarbeitet wird (umweltverträgliche Baumaterialien, ökologisches Bodenmanagement, Minimierung zu entsorgender Baustellenabfälle durch konsequente Trennung und Wiederverwendung)
- das Feuerwehrhaus in Cappenberg sach- und fachgerecht erweitert wird und generell keine Mittelkürzungen bei der freiwilligen Feuerwehr vorgenommen werden.
- die Freiwillige Feuerwehr in Selm eine sachgerechte Ausstattung mit ausgebildetem Personal sowie den notwendigen Gebäuden und Geräten unterhält, damit die Feuerwehr organisatorisch, technisch und personell in der Lage ist, jederzeit effektiv die Rettung von Menschenleben und Sachgütern zu gewährleisten,
- im Rettungsdienst die Sicherheit, in spätestens 8 Minuten am Einsatzort zu sein, gewährleistet bleibt.

2.2 Entwicklungen zu einer Ökologischen Stadt

"Die Probleme, die es in der Welt gibt, sind nicht mit der gleichen Denkweise zu lösen, die sie erzeugt hat" (Albert Einstein, 1929).

Genau deshalb müssen Klimaschutz, Luftreinhaltung, Lärm-, Boden- und Gewässerschutz, Natur- und Landschaftspflege, Sicherung der Grünzüge und Schutz der dörflichen Gebiete bei Stadtentwicklung, Bauplanung und Baugenehmigung viel stärkere Berücksichtigung finden.

Denn das oberste Ziel einer klugen und nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik ist die Erhaltung und langfristige Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen. Das bedeutet u.a. Frischluftschneisen zu erhalten und wo nötig, neue zu schaffen, unseren Boden nicht zu vergiften und die Wasserqualität zu verbessern. Um Energie zu sparen, sollten Heizungen durch Dämmung sowie Nutzung der aktiven und passiven Solarsysteme optimiert werden.

Auch im Abfallbereich müssen neue Vermeidungs- und Verwertungsstrategien entwickelt werden. Mittelfristig sollte ein räumliches Beieinander von Wohnung, Arbeitsplatz, Freizeit- und Einkaufsmöglichkeiten geschaffen werden.

Der Ternscher See ist Erholungs- und Freizeitschwerpunkt. Die AG „Ternscher See“ überplant den vorhandenen Campingplatz auf der Südseite mit der Zweckbestimmung „Camping- und Wochenendplatz“. Ein Fuß- und Radweg ist Teil eines geplanten Rundweges um den See. Eine Erschließung dieses Weges von der Römerstraße parallel zum Selmer Bach ist vorgesehen. Eine weitere Wohnbebauung, zum Beispiel auf der Nordseite, wird abgelehnt.

Die UWG setzt sich dafür ein, dass

- mit den vorhandenen Freiflächen sorgsam umgegangen wird,
- die Gewerbegebiete ökologisch gestaltet und in die Umgebung eingepasst werden,
- die Auswirkungen **vor** dem Verkauf von Anteilen städtischer Wohnungsbau-gesellschaften auf die Stadtentwicklung untersucht werden,
- die Entwicklung der Bebauungspläne unter Berücksichtigung von Anwohner- und Naturschutzbelangen durchgeführt werden,

- die Stadtentwicklung generell nach ökologischen Gesichtspunkten ausgerichtet wird und dabei die Ausweisung von privilegierten Flächen (Solar, Windkraft, Biomasse) erfolgt,
- das Baugebiet Klockenberg unter Berücksichtigung der Anliegerwünsche erschlossen wird und verkehrliche Verbesserungen für alle bringt,
- Bauwillige in Sachen ökologisches Bauen besser beraten werden,
- ökologisches Bauen von der Stadt Selm besonders gefördert wird, (Förderung aus den Verkaufserlösen städtischer Grundstücke für z.B. Regenwasserversickerung, Sonnenkollektoren, Dachbegrünungen, Minimierung der Versiegelung etc.),
- bei Sanierungen Hilfen für die energetische Sanierung angeboten werden,
- bei neuen Baugebieten bereits über die Bebauungspläne eine dezentrale Energieversorgung mit kleinen Blockheizkraftwerken und Groß-Zisternen geplant werden,
- Solarthermie - Anlagen und Regenwasserbewirtschaftung bei Neubauten zur Pflicht werden und Passivhaus - Standard erläutert und aktiv beworben wird,
- dass zusätzlich über städtebauliche Vorschriften der Klimaschutz im Gebäudebereich gefördert wird (Materialien, Fassadengestaltung, Baudichte)
- bei Neubauten die Nutzung erneuerbarer Energie zum Standard wird,
- ökologisch produzierter Strom für städtische Liegenschaften bezogen wird. Dazu haben wir mehrfach den Antrag gestellt, Strom für die städtischen Gebäude ausschließlich aus erneuerbaren Energien zu beziehen. Diese Anträge wurden von SPD und CDU abgelehnt.
- die Handlungsempfehlungen des Stadtökologischen Gutachtens, wie Sicherung und Erhalt von Parkanlagen, Biotopverbund Selmer Bach, ökologische Aufwertung von verschiedenen Grünflächen, Freiraumentwicklung zwischen Bork und Selm, Schritt für Schritt weiter umgesetzt werden,
- finanzielle Mittel aus der Konzessionsabgabe eingesetzt werden, um eine dezentrale Energiepolitik mit erneuerbaren Energien zu betreiben,

- eine ökologisch verträgliche Entsorgungswirtschaft mit sozialverträglichen, stabilen Abfallgebühren ohne monopolistische Strukturen betrieben wird,
- Lippe, Selmer Bach, Funne u.a. Gewässer in Selm sauberer, ökologisch verbessert und dadurch sicherer werden,
- die Insel des ehemaligen Mühlengrabens im Bereich Haus Dahl /Bartling an der Lippe für die Wasserkraftnutzung wieder genutzt wird,
- ein Beschaffungswesen betrieben wird, das der Nachhaltigkeit, sozialen Gerechtigkeit und Fairen Preisen verpflichtet ist,
- die Aktionen "fairer Handel" (z.B. "Eine Welt Laden" St. Josef) aktiv unterstützt werden,
- Umweltstandards, wie der Verzicht auf Baumaterialien aus PVC nicht wieder aufgegeben, sondern sinnvoll weiterentwickelt werden,
- die Pflege der städtischen Grünanlagen nach ökologischen Kriterien durchgeführt wird und nicht ständig reduziert wird,
- der Marktplatz Bork wiederbelebt wird,
- keine Bebauung Waltroper Straße/Weiherstraße, zum Bassenwinkel (zu nah an Hochspannungsleitung), Südkirchener Straße (Schulentwicklungsfläche) und im Bereich ev. Kirche Bork (Fläche für Gemeinwesen) stattfindet,
- die Vermarktung städtischer Baugrundstücke vorangetrieben wird,
- neue Baugebiete nicht unter Hochspannungsleitungen geplant werden,
- eine Modernisierung und Effizienzsteigerung der Straßenbeleuchtung stattfindet und dass ein Straßenbeleuchtungskataster erstellt wird,
- die Bürger vor Standortentscheidungen für Mobilfunksendeanlagen umfassend informiert werden,
- beim „Wohnen im Alter“ Anpassungsbedarfe für ältere Mieter bei der Sanierung und beim Neubau berücksichtigt werden.
- Ältere Menschen selbständig in vertrauter Umgebung bleiben können und nicht in Randlagen gedrängt werden. Sie wollen nicht auf der „grünen Wiese“ leben, sondern am Leben teilhaben.

2.3 Förderung von umweltverträglichem Verkehr

Verkehr ist mehr als Auto fahren. Unter Freiheit verstehen wir aber auch die Freiheit der Verkehrsmittelwahl. Sie ist heute durchaus nicht immer gewährleistet. Dies gilt insbesondere für den öffentlichen Personennahverkehr bei Berufspendlern und im Ortsverkehr.

Weiterhin müssen Umweltschutz und Umweltverträglichkeit bei allen verkehrspolitischen und verkehrsplanerischen Entscheidungen der Stadt Selm oben anstehen. Eine zivilisierte Verkehrskultur ist nicht nur ein Problem der individuellen Einstellung, sondern der politischen und planerischen Rahmenbedingungen. Weitere Einschränkungen bzgl. des Angebotes darf es nicht geben.

Was mit Einführung des Sozialtickets auf freiwilliger Basis erfolgte, sollte auch mit dem „Flash Ticket“ möglich sein. Wir sind fest überzeugt, dass eine freiwillige Einführung zu einer sehr hohen Akzeptanz bei den Jugendlichen führen würde und dadurch das Heranführen an die Nutzung des ÖPNV erleichtert wird.

Die UWG setzt sich dafür ein, dass

- das Konzept „Fahrradfreundliche Stadt“ umgesetzt und weiterentwickelt wird (Ratsbeschluss),
- Fahrradstrassen - vor allem im Bereich von Schulen und Kindergärten – angelegt werden,
- durch die Stärkung der Taxibus-Linien (und nicht durch die Streichung, wie von CDU und SPD gewollt) das Zentrum gefördert, aber auch die Anbindung an die überregionalen Verkehrsströme (Bus und Bahn) verbessert wird,
- bei der Umsetzung der Regionalisierung der Bahn die Bedürfnisse der Selmer Bevölkerung nicht den Kreis- oder sonstigen Interessen geopfert werden,

- Straßenneuplanungen wirklich die allerletzte Möglichkeit darstellen, Verkehrsprobleme zu "lösen",
- bei jeglicher Verkehrsplanung die besondere Aufmerksamkeit auf die Sicherung der Schulwege gerichtet wird,
- Energie sparen auch im Verkehrsbereich umgesetzt wird, z.B. durch Einrichtung von Kreisverkehren und ampelfreien Kreuzungen in Schwachverkehrszeiten,
- die Taktfrequenz der Züge und Busse nach Dortmund und Münster optimiert wird und der Öffentliche Nahverkehr nicht weiter gedeckelt oder gekürzt wird,
- alle Haltepunkte und Bahnhöfe im Stadtgebiet attraktiv gestaltet werden, z.B. durch Bahnsteiganhebungen um Behinderten und Senioren eine bessere Zu- und Einstiegshilfe zu gewährleisten,
- Bus- und Bahnfahrten für Kinder und Jugendliche attraktiver werden und das "Flash-Ticket" auf freiwilliger Basis ausgehandelt wird,
- der öffentliche Personennahverkehr effizienter wird (Keine Reduzierung, sondern Ausbau des Leistungsangebotes im ÖPNV),
- die Streichung der Nachtbuslinie – trotz des Mutter - Papiers - nicht durchgesetzt wird,
- Verkehrssicherheit oberste Priorität genießt (verkehrsregelnde, bauliche Maßnahmen, Öffentlichkeitsarbeit, sicher gestalteter Straßenraum, Sicherheitsanalyse etc.),
- die Kreisverkehre Ludgeristraße / Sandforter Weg, Werner Straße / Kreisstraße und Landsbergstraße / Beifanger Weg zeitnah realisiert werden.

3 Wirtschaft - Finanzen - Arbeit

Die dritte fundamentale Säule unserer Arbeit stellen die kommunale Wirtschaftspolitik, die städtische Finanzsituation sowie der Arbeitsmarkt dar.

Die Berücksichtigung ökonomischer Zusammenhänge ist neben der Umsetzung einer sozialen Familienpolitik sowie der Beachtung ökologischer Themenfelder unverzichtbarer Bestandteil einer nachhaltigen und generationsübergreifenden Politik.

Nach unserem Politikverständnis gehört zur Wirtschaftspolitik in Selm, neben einer **regionalen Wirtschaftsförderung**, eine **solide Haushaltskonsolidierung**, sowie eine engagierte **Entwicklung und Förderung des Arbeitsmarktes**.

Die UWG setzt sich dafür ein, dass

- endlich Stadtwerke gegründet werden, die eine dauerhafte Gas – und Wasserversorgung, sowie ab 2016 auch die Stromversorgung, in kommunaler Trägerschaft gewährleisten, damit die Energieversorgung in der Stadt Selm kostengünstig und bürgernah betrieben werden kann. Eine Privatisierung in diesem Bereich lehnen wir ab, wobei eine privatrechtliche Partnerschaft aber durchaus sinnvoll erscheint. Die Ver- und Entsorgung gehört zur kommunalen Daseinsvorsorge und das dumpfe „Privat vor Staat Gerede“ der so genannten politischen Mitte muss ein Ende haben. Stadtwerke werden keine Verschlechterungen in Qualität und Dienstleistungen, keine Gebühren- und Preissteigerungen, kein Beschäftigungsabbau, keine Lohnsenkungen und keine Arbeitszeitverlängerungen nach sich ziehen.
- eine Erhöhung der Eigenkapitalverzinsung der SBS stattfindet,
- gerechtere Straßenreinigungsgebühren erhoben werden,
- ein transparentes Beteiligungs- und Kostencontrolling installiert wird,

- bei Neuausweisung von Bauland in Selm, die aufgrund des Wachstums neu zu schaffende Infrastruktur zu Lasten der Grundbesitzer und nicht zu Lasten der Bauherren oder der Stadt geht (Änderung der 25 % Regel),
- vor Neuausweisung von Bauland Immobilienspekulation verhindert wird und die Eingriffsrechte der Kommune gestärkt werden,
- qualifizierte und effiziente Immobilienbewirtschaftung und ein Gebäudemanagement betrieben wird (Facility Management).

3.1 Regionale Wirtschaftsförderung

Wirtschaftsförderung hieß in der Vergangenheit bei CDU und SPD Neuausweisung von Gewerbegebieten um jeden Preis. Im Wettbewerb mit den Nachbargemeinden, werden die gleichen Fehler gemacht wie in den neuen Bundesländern. Dieses gnadenlose Konkurrenzdenken geht immer zu Lasten der Steuerzahler.

Bestes Beispiel ist das Gewerbemischgebiet „Dieselweg“. Die Wirtschaft fordert neue Flächen, Grundstücke werden hoch subventioniert und am Ende gibt es eindeutig Überangebote. Unser jährliches Haushaltsdefizit von mehr als 7 Millionen Euro berücksichtigt noch nicht die Kosten, die von CDU und SPD bei der Fehlplanung für das Gewerbegebiet am „Dieselweg“ in den Sand gesetzt worden sind. Die Kosten für die Fläche, die Planung, Erschließung und Unterhaltung allein für das durch den 1. Grundstücksbevorzugungsvertrag erworbene Areal von 74.000 m² werden bei der Abrechnung den Haushalt der Stadt noch mit **mehreren Millionen Euro** belasten. Diese Kosten werden nur zu einem Bruchteil durch Veräußerung abgedeckt werden können. Wenn es überhaupt zu einer zeitnahen Vermarktung kommt. Bis heute jedenfalls (April 2009) ist noch kein einziges Grundstück verkauft und seitens der Stadt sind „außer Spesen (Zinsen) nichts gewesen“. Die UWG hat sich immer gegen dieses Gewerbegebiet (inklusive Änderung des Flächennutzungsplanes) ausgesprochen und gewarnt, Mischgebiete auszuweisen.

Es müssen neue Wege gefunden werden, um den Standort Selm attraktiv zu gestalten. Was Not tut, ist die Ausrichtung aller politischen Instrumente und ökonomischen Anreize auf die Aktivierung der vorhandenen Industriegebiete, wobei eine ressourcenschonende Flächenpolitik betrieben werden sollte. Zuerst muss jedoch der Markt analysiert werden durch Erhebungen, Umfragen. Ist-Aufnahmen sowie eine Gesamtbilanz über die Folgekosten sind nötig.

Gewerbetreibende und Handel müssen sich bei der Stadt gut aufgehoben und beraten fühlen und nicht als Bittsteller und Querulanten da stehen. Sie sollten einen zentralen Ansprechpartner innerhalb der Verwaltung haben.

Die UWG setzt sich dafür ein, dass

- eine ganzheitliche und nachhaltige Wirtschaftsförderung betrieben wird, in der die Grundsätze der Ökologie, d.h. moderates Wachstum ohne willkürliche Naturzerstörung berücksichtigt werden,
- die Region durch interkommunale Zusammenarbeit mit benachbarten Städten und Gemeinden, Kreisen und Regierungsbezirken entwickelt wird (gemeinsame Planung von Gewerbeflächen, Flächennutzungsplänen, positive Einzelhandelsentwicklung im Einklang mit dem bestehenden Einzelhandel etc.),
- neben der Neuansiedlung von Betrieben, Geschäften und Dienstleistern zur Erweiterung des Arbeitsplatzangebotes und zur Steigerung der Attraktivität der Selmer Geschäftswelt auch eine qualifizierte Betreuung der bestehenden Betriebe gewährleistet wird,
- eine qualifizierte Infrastruktur für Unternehmen und Betriebe geschaffen wird. Dazu gehören auch soziale Standards, wie ganztägige Kinderbetreuung, vor allem auch im U3-Bereich und attraktive kulturelle Angebote,
- bei der Vergabe von Gewerbegrundstücken eine sorgfältige Auswahl getroffen wird und nicht Grundstücke um jeden Preis (weil es die Haushaltslage verlangt) vergeben werden. Zentrales Kriterium muss die nachprüfbare Schaffung von auf Dauer angelegten Arbeitsplätzen sein,

- die subventionierten städtischen Gewerbegrundstücke größtmäßig begrenzt werden (kein Flächenfraß),
- keine neuen Gewerbegebiete auf der "grünen Wiese" entstehen, was wir bereits beim Gewerbegebiet Dieselweg verhindern wollten,
- Anstrengungen unternommen werden, einen Naturkostladen in Selm anzusiedeln,
- Anstrengungen unternommen werden, insgesamt das Selmer Verkaufsangebot zur Steigerung der Attraktivität ständig zu erweitern,
- die Betreuung bestehender Betriebe mehr bedeutet, als nur deren Besichtigung,
- eine kommunale Anlaufstelle für Gewerbebetriebe eingerichtet wird, zur Unterstützung im Behörden- und Regelungswahn, damit den Betrieben geholfen wird, anstatt sie als Bittsteller zu behandeln,
- die Selmer Woche wieder regelmäßig durchgeführt wird,

3.2 Haushaltskonsolidierung - Mutterpapier

Seit langer Zeit stecken die meisten Kommunen in einer tiefen Finanzkrise, die nicht erst seit der internationalen Finanzkrise besteht, sondern die vielmehr einen über Jahre hinweg schleichenden Prozess darstellt.

Der konjunkturelle Abschwung, wirtschaftliche Strukturprobleme, Pflichtzahlungen in den Fond Deutscher Einheit, die Reform der Einkommen- und Körperschaftssteuer und nicht zuletzt die erheblichen Steuerschlupflöcher großer Unternehmen haben das finanzielle Fundament fast aller Kommunen ausgehöhlt. Es bleibt deshalb Aufgabe des Bundes und des Landes die finanziellen Rahmenbedingungen der Kommunen nachhaltig zu verbessern.

Abgesehen davon, dass gerne übersehen wird, dass es die Abgeordneten der grossen Volksparteien sind, sei es im Bundestag, Bundesrat oder im Landtag, die den Städten keine ausreichenden Finanzmittel genehmigen, sind die Gründe vor Ort auch der Mehrheitsfraktion anzulasten. Vor 10 Jahren ist die CDU ange-

treten das "rote Chaos" in Selm zu beseitigen und heute haben wir in Selm die höchste Verschuldung, die es jemals gab, mit den höchsten Ausgaben aller Zeiten.

Die örtlichen Möglichkeiten zur Herstellung eines Ausgleichs zwischen Ausgaben und Einnahmen sind nicht konsequent genutzt worden. Politische Prioritäten, Visionen, Programme oder langfristige Konzepte zur Haushaltskonsolidierung, was Aufgabe der Politik in Zusammenarbeit mit der Verwaltung wäre, fehlen bis heute. Der Haushalt der Stadt Selm wurde lediglich nach der Rasenmähermethode erfolglos und hilflos gekürzt. Allein durch die Verhinderung der Stadtwerke vor 13 Jahren fehlen der Stadt heute **über 25 Millionen Euro** Einnahmen.

Die Stadt Selm hat ein jährliches Defizit von über 7 Millionen Euro. Ursache für die „dramatische Lage“ sind, neben den oben genannten Sünden der Vergangenheit die strukturellen Probleme der Stadt und der Region in Verbindung mit der mangelnden Finanzausstattung durch Land und Bund.

Auf Drängen der CDU und SPD wurde in 2008 der Sparberater Michael Mutter eingekauft. Er fand angeblich ein Potential von 4,7 Millionen Euro („Mutterpapier“). Nach Aussage des Bürgermeisters kommen diese Sparvorschläge allerdings ausschließlich aus der Verwaltung. Mehr noch: 114 Konsolidierungsvorschläge hat man angeblich Herrn Mutter unterbreitet, von denen sich 81 im Gutachten des Sparberaters wieder finden. Sparvorschläge, die von SPD und CDU ohne Diskussionen durchgewinkt wurden. Sparvorschläge, die oft unsinnig und nicht nachvollziehbar aber fast immer zum Nachteil der Familien in Selm (Anhebung der Gebühren für VHS, Musikschule, Sportvereine, Kindergärten, Schließung von Spielplätzen, Freibadschließung etc.) waren. Auch Personalabbau, Privatisierung, sowie Steuer- und weitere Gebührenerhöhungen sind die Hauptpunkte des Konsolidierungsexperten. Am Ende wird wenig übrig bleiben, weil viele „Luftnummern“ in diesen Beschlüssen enthalten sind (z.B. die Verlagerung des Jugendamtes zum Kreis – was zwischenzeitlich ja wieder zurückgestellt wurde).

Da sei die Frage erlaubt, warum der teure externe Berater engagiert wurde. Etwa nur, um der Kommunalaufsicht zu beweisen, dass in Selm die Ausgaben für Pflichtaufgaben, die Einnahmen schon seit Jahren übersteigen und dass ein neues Gemeindefinanzierungsgesetz, mit einer sozialen Komponente, für Städte wie Selm mehr als überfällig ist?

Wir sehen das gesamte Beraterunwesen der öffentlichen Hand kritisch, die Erfolge sind zweifelhaft und der öffentliche Sektor funktioniert nicht nach Marktprinzipien. Der Umgang mit Haushaltsmitteln gehört außerdem zu den originären Aufgaben der Kämmerin und des Bürgermeisters. Diese sollten in der Lage sein, diese Kernaufgaben selbst wahrzunehmen und die politischen Entscheidungsträger dabei mit ins Boot zu nehmen. Wir als UWG stehen für konstruktive Konsolidierungsvorschläge jedenfalls bereit.

Wir meinen: Gespart werden muss zwar, aber bitte immer mit Augenmaß, Vernunft und nicht zu Lasten unserer Familien. Wir können uns nicht gesund sparen und dürfen unsere Stadt nicht kaputt sparen. Wir sind die Innovatoren und nicht die Schuldenmacher.

Investitionen zum Erhalt und zur Entwicklung der Infrastruktur sind weiterhin dringend erforderlich, sichern die Zukunft der Stadt und sind wichtig für den heimischen Mittelstand. Bei jeder Entscheidung sollten neben den unmittelbaren finanziellen Wirkungen auch die (volks)wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Nebenwirkungen betrachtet werden. Macht es z.B. Sinn im Bereich der sozialen Familienhilfe Planstellen einzusparen, wenn dadurch mehr Kinder ins Heim eingewiesen werden? Oder macht es Sinn, rechthaberisch auf einem umstrittenen Ratsbeschluss zu bestehen und um jeden Preis eine Schule zu verkaufen, wenn vielleicht in ein zwei Jahren die gesamte Schul- und Bildungspolitik wieder mal auf dem Prüfstand steht? **Wir meinen, dass macht keinen Sinn!**

Die UWG setzt sich dafür ein, dass

- Bund und Land dringend dazu aufgefordert werden, durch geeignete finanztechnische Korrekturen endlich die finanziellen Rahmenbedingungen der Stadt nachhaltig zu verbessern
- durch eine umfangreiche und qualifizierte „Wunschliste“ möglichst viel vom Konjunkturpaket II in Selm landet,
- ein vehementes und zielgerichtetes Einbringen Selmer Belange auf Kreis-, Landes- und Bundesebene geschieht,

- ein nachhaltiges, bürgerorientiertes Haushaltskonsolidierungskonzept erarbeitet wird, das inhaltlich und qualitativ mehr darstellt als das von CDU und SPD verabschiedete Mutterpapier,
- eine nachhaltige Senkung der Ausgaben in der Verwaltung durch Überprüfung der Aufgaben und Verbesserung der Organisation erreicht wird,
- versucht wird, durch das Abrufen von Fördertöpfen (EU, Bund und Land) Finanzmittel für unsere Stadt ein zu werben,
- durch die Überprüfung von Pflichtaufgaben eine Verzahnung zwischen Pflichtaufgaben und freiwilligen Leistungen herbeizuführen ist,
- Selm nicht kaputt gespart wird.

3.3 Entwicklung und Förderung des Arbeitsmarktes

Oberstes Kriterium kommunaler Arbeitsmarktpolitik muss die Erhaltung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen sein. Das größte Dilemma und die größte Ungerechtigkeit für die betroffenen Menschen sind und bleibt die Massenarbeitslosigkeit. Die Maxime eines jeden politisch Handelnden in Deutschland sollte deshalb die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sein.

In der Stadt Selm sind heute (**Stand April 2009**) mehr als 1.200 Menschen arbeitslos, wobei mehr als 500 Menschen zur Gruppe der Langzeitarbeitslosen zählen und immer noch über 30 junge Menschen unter 20 keine Arbeits- bzw. Ausbildungsstelle gefunden haben sind.

Vor allem für die jüngeren Arbeitssuchenden muss eine qualifizierte Beratung stattfinden. Die allseits zu erwartenden Auswirkungen der internationalen Finanzkrise sind heute noch gar nicht zu beziffern. Fakt ist aber auch hier, dass unverantwortliches Handeln so genannter Manager sowie nicht stattgefundene Kontrollen der großen Politiker uns alle dahin geführt habt, wo wir heute stehen.

Eine Vernetzung bestehender Strukturen sowie ein übergeordneter Arbeitskreis sind weitere Hauptelemente der hiesigen Arbeitsmarktpolitik. Dabei müssen aber Qualität und Entlohnung stimmen. Dumme und platte Äußerungen mancher Spitzenpolitiker wie „sozial ist, was Arbeit schafft“ reichen sicherlich nicht aus, um auch wirklich qualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen. Nicht Billigjobs, Ein Euro - Jobber und Leiharbeiter schaffen bessere Lebensqualität, sondern hochwertige und menschenwürdige Arbeitsplätze, die mindestens so entlohnt werden, dass ein selbstständiges Leben gewährleistet ist.

Auch die groß angelegte Kampagne der so genannten bürgerlichen Mitte „Privat vor Staat“ hat sich in Zeiten der internationalen Wirtschaftskrise eindeutig als Trugschluss erwiesen. Im Gegenteil, Arbeitsplätze bei Sparkassen, im öffentlichen Dienst, bei kommunalen Wirtschaftsbetrieben sowie Stadtwerken, haben sich als Garanten für stabile und sichere Arbeitsplätze erwiesen. Gleichzeitig befinden sich diese Arbeitsplätze in Unternehmen, die für sichere Bankgeschäfte, stabile Gebühren im Ver- und Entsorgungsbereich und finanzielle Stabilisierungen der öffentlichen Haushalte stehen.

Die UWG setzt sich dafür ein, dass

- eine qualifizierte Beratung der Arbeitssuchenden, der Neugründer und der bestehenden Betriebe stattfindet,
- durch die Hartz - Gesetze die versprochene Entlastung der Kommunen seitens des Bundes und des Landes eingefordert wird,
- die bestehenden Betriebe beraten, aber auch aufgefordert werden, Arbeitsplätze bereitzustellen (Stichwort: Selmer Jobbörse),
- ein Runder Tisch "Arbeit in Selm für Selmer" gegründet wird (Stichwort: Handwerksmeisterrunde, Werbegemeinschaft, Ausbildungshilfe etc.),
- der Schwerpunkt der Beratung auf Schaffung von Ausbildungsplätzen beruht,
- eine spezielle Förderung und Qualifizierung arbeitsloser Jugendlicher vorgenommen wird, um eine Integration benachteiligter Jugendlicher zu erreichen,
- Menschen in für sie passende Arbeitsstellen gebracht werden, wobei sowohl der erste als auch der zweite Arbeitsmarkt in Frage kommt.

Nachwort

Dieses Programm wurde von den Mitgliedern der UWG Selm e.V. erarbeitet, diskutiert und verabschiedet. Es bildet für die nächsten 5 Jahre die Leitlinie der UWG - Kommunalpolitik in Selm. Alle Kandidaten der UWG Selm werden sich dafür einsetzen, dass die in ihm enthaltenen Ziele und Maßnahmen so weit wie möglich verwirklicht werden.

Obwohl der kommunalpolitische Handlungsspielraum sehr begrenzt ist, haben Sie bei der Lektüre unseres Programmes wesentliche Unterschiede zu den Mitbewerbern festgestellt.

Wir legen besonderen Wert darauf, dass ein Programm - wie der Name bereits sagt - nur Programm (sprich Leitlinie) sein soll und nicht ein gerader vorgegebener Weg, der ohne wenn und aber zu durchschreiten ist. Unser Politikstil ist geprägt von spontanem Handeln für die gute Sache. Wir sind immer und zu jeder Zeit offen für neue, gute Ideen.

Dieses unterscheidet uns auch wesentlich von CDU und SPD, die für sich zwar immer wieder betonen, das Beste für die Stadt zu wollen, obwohl sie letztlich doch ihrer Parteilinie treu sein müssen.

Bei den Diskussionen über die Grundschulen, sowie das Mutterpapier, konnte man feststellen, wie ernst die beiden so genannten Volksparteien die Ängste und Sorgen der Bevölkerung nehmen.

Hier in Selm den letzten Cent zu sparen, während die großen Politiker draußen das Geld zum Fenster rauswerfen ist jedenfalls mit der UWG nicht zu machen.

Wir wissen, dass einige unserer Vorschläge Geld kosten. Wir denken aber, dass durch ein vernünftiges und durchdachtes Personalmanagement, in Verbindung mit zu erwartenden Einnahmen durch z.B. die Gründung der Stadtwerke, viele Vorschläge in der Zukunft zum Wohle unserer Stadt umgesetzt werden können.

Liebe Selmerinnen und Selmer!

Unterstützen und vertrauen Sie unseren Kandidaten

- Klicken Sie: www.uwg-selm.de

Wählen Sie Dr. Hubert Seier zum Bürgermeister!

- Klicken Sie: www.Hubert-Seier.de

„Selm gestalten statt verwalten“



„Mit uns wird's was“